

Landkreis Oder-Spree

Der Landrat

untere Bauaufsichtsbehörde



Postanschrift:
Landkreis Oder-Spree, Breitscheidstr. 7, 15848 Beeskow

Dezernat: III - Bauen, Ordnung und Umwelt
Amt: Bauordnungsamt - AG Bauleitplanung
Dienstgebäude: 15848 Beeskow
Rathenaustraße 13
Haus C, Zimmer 201

Bürgermeisterin
der Stadt Storkow (Mark)
Frau Cornelia Schulze-Ludwig
Rudolf-Breitscheid-Straße 74
15859 Storkow (Mark)

Ansprechpartner(in): Frau Siebke
Telefon: 03366 35-1609
Telefax: 03366 35-2639
E-Mail: bauleitplanung@landkreis-oder-spree.de

Aktenzeichen:	eingegangen am:	Datum:	2. Mai 2024
63.02-51.10.20- 20119-24-92	22.03.2024		
Grundstück:	Storkow (Mark), Storkow, ~		
Gemarkung:	Storkow	Storkow	Storkow
Flur:	5	5	5
Flurstück:	92	93	94
Anlass:	Stellungnahme der Verwaltung des Landkreises Oder-Spree als Träger öffentlicher Belange zum B-Planentwurf "Gewerbegebiet Neu Boston 3" der Stadt Storkow (Mark) gemäß § 4 Abs. 2 BauGB		

Planungsabsicht: Erweiterung Gewerbegebiet Neu Bostom
Fläche: ca. 30 ha
Planungsstand: Dezember 2023

Sehr geehrte Frau Schulze-Ludwig,

wir bedanken uns für die Beteiligung am Planverfahren.
Zum Planentwurf äußern sich die beteiligten Ämter und Behörden wie folgt:

- X** Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

Umweltamt
Sachgebiet untere Wasserbehörde

a. Einwendung

Gemäß der Festsetzung Nr. 7.1 sollen alle bisherigen Festsetzungen und baurechtlichen Vorschriften für eine Fläche aus dem Bebauungsplan Neu Boston 2, welche durch den Bebauungsplan Neu Boston 3 mit Industriegebiet GI1 überplant wird, außer Kraft gesetzt werden.

Eine angegebene Emailadresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur. Für die rechtsverbindliche elektronische Kommunikation per Email ist folgende Emailadresse eingerichtet worden: vps@landkreis-oder-spree.de. Rahmenbedingungen siehe www.l-os.de/vps.

Sprechzeiten:	Telefon: 03366 35-0	Bankverbindung:	Sparkasse Oder-Spree
Di / Do 09 - 12; 13 - 18 Uhr	Telefax: 03366 35-1111	BIC:	WELADED1LOS
Mo / Fr nach Vereinbarung	Internet: www.l-os.de	IBAN:	DE43 1705 5050 2200 6011 77
Mi geschlossen	E-Mail: kreisverwaltung@l-os.de	Umsatzsteuer ID-Nr.:	DE162705039

Sollte es sich hierbei um die Fläche C aus dem Bebauungsplan Neu Boston 2 handeln (Fläche wurde nicht genauer aufgezeigt) (s. Abb. 1), wird der Aufhebung der bisherigen Festsetzungen nicht zugestimmt.

Diese Fläche ist Versickerungsfläche für befestigte Flächen des Flurstücks 145, Flur 5, Gemarkung Storkow und Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis vom 14.11.2023 mit dem Az. 67.02-55.20.05-0832/21 für die Errichtung und den Betrieb von Versickerungsanlagen i. V. m. der Anlage zur zeitweiligen Lagerung von nicht gefährlichen Abfällen (Reg.-Nr. G00723).

Die Fläche dient der schadlosen Niederschlagswasserbeseitigung der Flächen im Gewerbegebiet Neu Boston 2.

b. Rechtsgrundlage:

§ 55 WHG, § 54 Abs. 1 Nr. 2 WHG, 30 BauGB, § 8 i. V. m. § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG

X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit der Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Umweltamt

Sachgebiet untere Naturschutzbehörde

Dem im Rahmen der frühzeitigen Trägerbeteiligung gegebenen Hinweis, das Ausmaß möglicher Beeinträchtigungen deutlich zu minimieren, indem die bauliche Entwicklung zunächst auf den nördlichen Teilbereich (Fläche B) ausgerichtet wird, wurde nicht gefolgt. Die Eingriffsbetrachtung bezieht sich auf eine rund 30 ha große, überwiegend landwirtschaftlich genutzte Fläche, von der ca. 19 ha dem Naturhaushalt dauerhaft verlorengehen.

Parallel zum Bebauungsplan wurde ein Grünordnungsplan erarbeitet. Dieser benennt, auf Grundlage einer Bestandsanalyse, die möglichen Eingriffe und unterbreitet Maßnahmenvorschläge, wie die Beeinträchtigungen kompensiert werden können. Die zahlreichen Pflanzvorschläge, lassen die Frage offen, wie deren Umsetzung sichergestellt werden soll. Vergleichbare Festsetzungen in den B-Plangebieten „Neu Boston 1 und 2“ zeigen, dass dem Kompensationserfordernis nicht nachgekommen wurde. In der aktuellen Planung wurden Flächen mit Pflanzbindung in der Planzeichnung dargestellt, die festgesetzten Baumstandorte (s. GOP) fehlen. Die Begründung des B-Planes muss einen Verweis enthalten, welche Verbindlichkeit die Aussagen des Grünordnungsplanes haben. Die Minderung / Vermeidung von Beeinträchtigungen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild stellt eine wichtige Säule der Eingriffsregelung dar. Für das Schutzgut Wasser wurden Vorschläge unterbreitet, die dem Ziel Rechnung tragen, Regenwasser zu versickern und nicht in die Gräben abzuleiten. Deren Unbestimmtheit gibt jedoch keine Gewährleistung auf Umsetzung. Es heißt, dass Dachflächen mit einer Dachneigung von weniger als 20 Grad zu begrünen sind. Wie viele Dachflächen sind notwendig um das Ziel, zu erreichen und wie soll dieses Erfordernis durchgesetzt werden. Die Rückhaltung des Regenwassers in der Landschaft ist eine zentrale Aufgabe im Sinne der Eingriffsvermeidung. Die vom Wasser- und Landschaftspflegeverband „Untere Spree“ erarbeitete Konzeption zeigt Möglichkeiten auf, wie der Wasserabfluss in den Gräben verlangsamt werden kann (Einbau von Sohlschwellen). Diese müssen sich als Festsetzung im B-Plan widerspiegeln.

Die als Kompensation für die Bodenversiegelung vorgeschlagenen Landschaftspflegemaßnahmen zur Stabilisierung des Wasserhaushalts sind in einem zweckgebundenen Flä-

chenpool zu manifestieren.

Der besondere Artenschutz, damit verbunden die Einhaltung der im Paragraphen 44 (1) BNatSchG genannten Verbote, ist für die im Plangebiet nachgewiesenen Arten Goldammer und Zauneidechse von Relevanz. Um festzustellen, ob die festgesetzten CEF- Maßnahmen geeignet sind, die ökologische Funktion der von dem Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin zu erfüllen, ist es wichtig, ein Monitoring im Sinne eines Risikomanagements festzuschreiben. Dieses ermöglicht einerseits eine Bewertung, andererseits auch die Festlegung von Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt.

Sachgebiet untere Wasserbehörde

Öffentliche Verkehrsflächen

Die Zufahrtsstraßen/Planstraßen sind in dem B-Plangebiet wasserundurchlässig zu errichten, da hier LKW-Verkehr stattfindet. Wasserdurchlässige Befestigungen können maximal für die PKW-Stellplätze zugelassen werden.

Versickerungsflächen (6.5 Begründung Niederschlagsentwässerung)

Die Bankette der Straßen können nur als Versickerungsflächen mit aufgenommen werden, wenn diese unversiegelt (kein Schotter) sind und natürlicher versickerungsfähiger Boden verwendet wird.

Die Mulden/Versickerungsflächen sind im Entwässerungsplan einschließlich Legende darzustellen. Das ist hier nicht der Fall.

Gewässerrandstreifen

Für die im Plangebiet befindlichen und angrenzenden Gewässer sind die Regelungen und Verbote zum Gewässerrandstreifen gemäß § 38 Abs. 4 WHG zu berücksichtigen. Insbesondere ist das Entfernen von standortgerechten Bäumen und Sträuchern, sowie das Neuanpflanzen von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern verboten. Die 5 m-Bereiche zu der Böschungsoberkante der Gräben sind von jeglicher Bebauung (auch baugenehmigungsfreie Vorhaben) freizuhalten. Das betrifft auch den außerhalb entlang des Plangebiets A verlaufenden Graben, sollte der Gewässerrandstreifen in das Plangebiet hineinreichen.

Bei Anpflanzungen in den Gewässerrandstreifen ist eine Abstimmung mit dem Wasser- und Landschaftspflegeverband Untere Spree hinsichtlich der Gewässerunterhaltung vorzunehmen.

Für die Gewässerquerung der Zufahrtsstraße (Planstraße 1) im Teilgebiet B ist eine wasserrechtliche Genehmigung nach § 87 BbgWG und § 36 WHG erforderlich. Die Genehmigung ist bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen.

Niederschlagswasserversickerung

Bei den derzeitigen Geländehöhen der Baugrundstücke wird der erforderliche Grundwasserflurabstand von 1 m zum mittleren höchsten Grundwasserstand nicht eingehalten.

Das Niederschlagswasser ist gemäß § 55 WHG schadlos zu beseitigen. Es soll ortsnah versickert werden, soweit wasserrechtliche Vorschriften dem nicht entgegenstehen (§ 55 Abs. 2 WHG). Hierbei gilt es die allgemein anerkannten Regeln der Technik einzuhalten. Mit der DWA 138 wird ein Grundwasserflurabstand von der Anlagensohle bis zum mittleren höchsten Grundwasserstand (mHGW) von mind. 1 m gefordert.

Gemäß dem Baugrundgutachten von Ingenieurbüro für Geotechnik Dipl.-Ing. F. Maschke vom 15.03.2023 sind für die Einhaltung der Grundwasserflurabstände die Anlagensohlen nicht tiefer als 37,8 m ü. NHN am südwestlichen Rand des Untersuchungsgebiets (Einmün-

dung in die Kummersdorfer Straße) und 39,0 m ü. NHN am nordöstlichen Rand der Planflächen anzulegen.

Für die Errichtung von Mulden sind die Geländeflächen auch im Bereich der Baugrundstücke aufzuschütten und zu erhöhen. Die Einhaltung der Grundwasserflurabstände (1 m von der Anlagensohle bis zum mittleren höchsten Grundwasserstand) muss sichergestellt werden.

Eine Erlaubnis für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser gemäß § 8 i. V. m. § 9 Abs. 1 Nr. 4 WHG kann nur erteilt werden, wenn die schadlose Niederschlagswasserbeseitigung nachgewiesen und eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist.

Sachgebiet Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Ist im Rahmen des Straßenausbaus/Stellflächenneubaus ein Einsatz von Recycling-Baustoffen vorgesehen, finden die Regelungen der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) Anwendung.

Beim Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial und Baggergut findet die Untersuchungspflicht nach § 14 ErsatzbaustoffV Anwendung.

Die Verwendung mineralischer Ersatzbaustoffe (MEB) in technischen Bauwerken des Straßen- und Erdbaus ist nur noch zulässig, wenn diese Ersatzbaustoffe einer der in der ErsatzbaustoffV definierten Materialklasse (ErsatzbaustoffV Anlage 2 Tab. 1 – 27) zugeordnet werden und die sonstigen Anforderungen zur Verwendung (nach §19 ErsatzbaustoffV) eingehalten werden.

Gemäß § 22 ErsatzbaustoffV ist der Einbau bestimmter MEB oder deren Gemische ab einem vorgesehenen Einbaugesamtvolumen von mindestens 250 Kubikmetern (m³) sowie der Einbau bestimmter MEB in Wasserschutzgebieten / Heilquellenschutzgebieten vier Wochen vor Beginn des Einbaus schriftlich oder elektronisch bei der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde vom Verwender anzuzeigen.

Es ist sicherzustellen, dass von der baulichen Maßnahme keine Besorgnis für das Entstehen einer schädlichen Bodenveränderung gem. § 7 Satz 2 BBodSchG i. V. m. § 9 der BBodSchV hervorgerufen wird. Baubedingte Belastungen des Bodens, z.B. durch Verdichtung oder Durchmischung von Boden mit Fremdstoffen, sind zu vermeiden bzw. auf das notwendige Maß zu beschränken und nach Abschluss der Baumaßnahmen zu beseitigen.

Zur Vermeidung von Bodenbelastungen durch die Lagerung von Bau- und Betriebsstoffen sind geeignete Vorkehrungen, wie Auslegung von Geotextilien, Baufolien etc. herzustellen bzw. Abdeckung mit Folien einzusetzen.

Anfallende Abfälle bei den Erschließungs- und Ausbauarbeiten für die Gewerbeflächen sind ordnungsgemäß nach der AVV zu deklarieren.

Alle Abfälle sind einer ordnungsgemäßen Verwertung gemäß §§ 7 ff. KrWG respektive sollte dies nicht möglich sein, einer ordnungsgemäßen Beseitigung gemäß §§ 15 ff. KrWG zuzuführen. Zudem sind die Vorschriften der NachwV einzuhalten sowie die Abfallentsorgungswege auf Verlangen der unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß § 47 Abs. 3 KrWG darzulegen. Anfallende gefährliche Abfälle sind gemäß SAbfEV der Sonderabfallgesellschaft Brandenburg / Berlin mbH-(SBB) anzudienen.

Werden gefährliche Abfälle einem Einsammler übergeben, so sind die Übernahmescheine getrennt nach Abfallart in zeitlicher Reihenfolge geordnet in einem Register gemäß § 24 NachwV abzulegen.

Hinweis: Mit dem Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung ab dem 01. August 2023 ist die vorläufige Bewertung der In-situ Beprobung des potentiell anfallenden Bodens als Abfall und damit die Einstufung in die Einbauklassen der TR LAGA Boden (2004) hinfällig.

Soll der anfallende Boden abfallrechtlich bewertet und im Anschluss einer Verwertung zugeführt werden, sind dafür die BBodSchV für den Fall eines nicht technischen Einsatzes bzw.

die Ersatzbaustoffverordnung für den technischen Einsatz des Bodenmaterials heranzuziehen.

Quellenverzeichnis:

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I/98 S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt durch Artikel 126 vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert

Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 6. Juni 1997 (GVBl.I/97, [Nr. 05], S.40) zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25. Januar 2016 (GVBl.I/16, [Nr. 5])

Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533)

Nachweisverordnung vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298), zuletzt durch Artikel 5 Absatz 5 des Gesetzes vom 23. Oktober 2020 (BGBl. I S. 2232) geändert

Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 10. August 2021 (BGBl. I S. 3436) geändert

Verordnung über Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke (Ersatzbaustoffverordnung - ErsatzbaustoffV) vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 186)

Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung

Zu den Belangen des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers (örE) können detaillierte Hinweise erst im Vorfeld konkreter Planungs- und Bauvorhaben gegeben werden. Das KWU-Entsorgung geht davon aus, dass bei den genannten Anlässen erneute Beteiligungen des örE erfolgen.

Unabhängig davon gilt grundsätzlich folgendes

1 Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung

Die künftigen Gewerbe sind mit Nutzungsbeginn als Gewerbegrundstücke an die öffentliche Abfallentsorgung des LOS anzuschließen. Die überlassungspflichtigen hausmüllähnlichen Abfälle sind dem LOS zu überlassen. Es ist ausreichendes, dem Abfallaufkommen entsprechendes Behältervolumen vorzuhalten und zu nutzen.

2 Anforderungen an die Verkehrsflächen

Die öffentlichen Verkehrsflächen müssen von 3-achsigen Entsorgungsfahrzeugen mit folgenden Kenndaten befahrbar sein: Gesamtmasse 32 Tonnen, Länge 12 m, Breite 2,55 m, Höhe 4,1 m. Bei den Verkehrsflächen sind dem entsprechend die erforderliche Mindestbreite von 3,55 m und die erforderliche Mindestdurchfahrtshöhe von 4,20 m zu berücksichtigen.

Die Planung und Bauausführung hat so zu erfolgen, dass zur Sicherung der Abfallentsorgung alle anliegenden Grundstücke mit den Entsorgungsfahrzeugen erreichbar sind und die

zur Abholung vor dem Grundstück bereitgestellten Abfallbehälter geleert werden können. Dabei müssen alle gesetzlichen Regelungen eingehalten werden. Die Befahrbarkeit muss darüber hinaus unter Beachtung der DGUV-Regeln für die Abfallwirtschaft zur Unfallvermeidung gewährleistet sein, insbesondere DGUV-Regel 114-601. Bei Einhaltung der Vorgaben der RAST 06 ist dies in der Regel erfüllt.

Bauordnungsamt

Sachgebiet Technische Bauaufsicht

Zu o. g. B-Planentwurf werden von Seiten des Bauordnungsamtes nachfolgende Anregungen und Bedenken geäußert:

- zur Begründung:
 - Pkt. 5.9.1: die Überplanung eines Teils des B-Plans Neuboston 2 kann nicht nachvollzogen werden. Handelt es sich um eine Fläche des B-Planes Neuboston 1 nördlich der Flurstücke 302, ... , 283 der Flur 5?
 - Für die festgesetzten Pflanzungen sollten Angaben zur zeitlichen Umsetzung gemacht werden.
- zur Planzeichnung:
 - In der Planzeichnung sollten die Teilbereichen A und B eindeutig bezeichnet werden.
 - Die Festsetzung 5.1 sollte insofern konkretisiert werden, als dass es sich bei den 20 % um seitliche Versickerungsflächen handeln soll.
 - Die Grünflächen z.B. in den Festsetzungen 5.12 L+M oder 5.10 A1+A2 sind in der Zeichnung nicht wiederzufinden.
 - Festsetzung 6.3: Zum Verständnis der praktischen Anwendung der angegebenen Emissionskontingente in dB/ m² Grundstücksfläche (?) und der Richtungssektoren sind weiterführende Erläuterungen erforderlich.
 - Teilfläche B: die Lage der Abgrenzungslinie zwischen den unterschiedlichen Nutzungen sollte vermaßt werden.
 - Teilfläche A: die Grenzlinie innerhalb des GE4 zur Unterteilung der Bereiche mit unterschiedlicher zul. Höhe sollte eindeutig vermaßt bzw. die Linie in Verlängerung der äußeren Baugrenze gezogen werden.
 - Die zu bepflanzende Fläche B parallel zur Landesstraße liegt außerhalb der daneben definierten privaten Grünfläche?

Aufgabengebiet Bauleitplanung

Der **Bestimmtheitsgrundsatz** erfordert, dass sich aus den textlichen und zeichnerischen Festsetzungen der Inhalt der Satzung bestimmen lässt.

Die textliche Festsetzung Nr. 5.2 zum Pflanzgebot ist wegen fehlender Bestimmtheit unwirksam. Das Pflanzgebot ist in der zeichnerischen Darstellung nicht enthalten. Es ist daher schon deswegen nicht hinlänglich bestimmt.

Zudem kann der Planunterworfenen aus der Festsetzung nicht entnehmen an welcher Stelle die Pflanzungen erfolgen sollen (beidseitig oder einseitig an der Straße?). Die Standorte sind näher zu bestimmen.

In der textlichen Festsetzung 5.10 wird auf Pflanzflächen mit den Bezeichnungen A1 und A2 abgestellt. Diese Bezeichnungen sind im Plandokument nicht enthalten.

In der textlichen Festsetzung 5.11 wird für die Pflanzfläche mit der Bezeichnung B das Anlegen einer Feldhecke bestimmt.

Die Festsetzung einer Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen mit der Bezeichnung B ist im Planteil A zweimal vorhanden.

Die Festsetzung 5.11 ist unbestimmt, da eine Zuordnung der Bepflanzung nicht eindeutig möglich ist.

In der textlichen Festsetzung 5.12 wird auf die Grünflächen mit den Bezeichnungen L und M abgestellt. Diese Bezeichnungen sind im Plandokument nicht enthalten.

Der im Planteil B vorhandene Graben ist als solcher nicht erkennbar bzw. in der Planzeichenerklärung erläutert.

Auch diese Festsetzung zum Pflanzgebot ist wegen fehlender Bestimmtheit unwirksam.

Das Pflanzgebot ist in der zeichnerischen Darstellung nicht enthalten.

Der Planunterworfenen kann aus der Festsetzung nicht entnehmen an welcher Stelle die Pflanzungen erfolgen sollen (ohne Kennzeichnung des Grabens nicht zu verorten). Die Standorte sind näher zu bestimmen.

Der zum B-Plan erarbeitete Grünordnungsplan konkretisiert die o. g. Festsetzungen. Er enthält auch Bezeichnungen, die im Plandokument fehlen (Pflanzflächen A1 und A2, Grünflächen L und M).

Auf der Planzeichnung ist in den textlichen Festsetzungen auf den Grünordnungsplan einzugehen. Die Unbestimmtheit der Festsetzungen kann damit erklärt werden. Die Bezeichnungen sind in Übereinstimmung zu bringen.

Stabsstelle Brand-, Zivil- und Katastrophenschutz

Sachgebiet vorbeugender Brandschutz

Zur o. g. Planung wird gemäß § 32 Brandenburgisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz (BbgBKG) in Verbindung mit der VV des MIK BB zum BbgBKG sowie unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr wie folgt Stellung bezogen:

Löschwasserversorgung

Die Brandschutzdienststelle macht den berücksichtigungsfähigen Belang der Löschwasserbereitstellung im Sinne § 1 Abs.6 Nr. 8 e BauGB geltend. Die eingereichte Planung trifft hierzu eine unzureichende Aussage.

Die Löschwasserbereitstellung ist ein Teilbereich der bauplanungsrechtlichen Erschließung der Baugrundstücke im Sinne von § 123 BauGB. Die Löschwasserversorgung ist gesichert, wenn die Anforderungen des DVGW-Arbeitsblatts W 405 „Bereitstellung von Löschwasser durch die öffentliche Trinkwasserversorgung“ erfüllt sind. (Pkt. 3.1 VVBbgBKG).

Durch die eingereichte Planung **wird für die Baugebiet G11 und G12 ein Löschwasserbedarf (im Grundsatz) von mindestens 96 m³/h für eine Zeitdauer von mindestens 2 Stunden erforderlich.**

Auch bei den GE-Gebieten sollte eine Löschwasserbereitstellung von 96 m³/h statt 48 m³/h angestrebt werden. Denn die verfügbare Einsatztechnik der Stadt, ob nun das LF bzw. der Werfer der DLK, ist bei geringer Löschwasserbereitstellung nicht effektiv einsetzbar.

Die Standorte der geplanten Entnahmestellen (2 UFH und 3 Brunnen) sind der vorgelegten Planung noch nicht zu entnehmen. Es wird empfohlen die Abstände zwischen den Entnahmestellen auf 250 m auszulegen.

Freundliche Grüße

im Auftrag

Kirschner
Amtsleiterin